

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten - Lettland



Esta página foi traduzida automaticamente. A qualidade da tradução não pode ser garantida.

1. [Verfassungsrechtlichen Grundlagen](#)
2. [Justiz](#)
 - #II
4. [Fälle, in denen der Zugang zu Informationen](#)
5. [Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in](#)
6. [Den Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen](#)
7. [Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten](#)
8. [Klagebefugnis](#)
9. [Rechtliche Vertretung](#)
10. [Nachweise](#)
11. [Vorläufiger Rechtsschutz](#)
12. [Kosten](#)
13. [Finanzhilfe-Mechanismus](#)
14. [Aktualität](#)
15. [Sonstiges](#)
16. [Ein Ausländer, der](#)
17. [Grenzüberschreitende Rechtssachen](#)

I. verfassungsrechtlichen Grundlagen

Nach der Verfassung (Satversme) ist Lettland schützt der Staat das Recht des Einzelnen auf ein Leben in einer wohlwollenden Umwelt, indem Informationen über die Umweltbedingungen und die Förderung der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt. Das verfassungsmäßige Recht umfasst:

- 1) die verfahrensrechtlichen Aspekt: das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Umweltinformationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren in Umweltangelegenheiten.
- 2) der wesentliche Aspekt: ein Recht der Öffentlichkeit auf, zu verlangen, dass die öffentlichen Behörden oder Privatpersonen, die diese Handlungen oder Unterlassungen kündigen beeinträchtigen, die Qualität der Umwelt zu schädigen oder die Gefahr einer Schädigung der menschlichen Gesundheit oder andere Rechtsgüter Leben, oder.

Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen unmittelbar angewandt werden können, und zwar sowohl in administrativer Verfahren beim Gerichtshof. Die Bürgerinnen und Bürger können in jedem Verfahrensstadium berufen in Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren.

Das Völkerrecht, einschließlich des Übereinkommens von Aarhus angewandt werden, können ebenfalls direkt von Verwaltungsstellen und des Gerichts. Wenn ein Konflikt zwischen einer juristischen Norm eine Norm des Völkerrechts und dem lettischen Gesetz bestimmt wird, dieselbe rechtliche Wirkung, die völkerrechtliche Rechtsnorm angewandt werden.

II). Justiz

Es ist ein auf drei Ebenen Gerichtssystem in Lettland.

Die erste Ebene besteht aus 34 Bezirks- (Stadt-) Gerichten für Zivil- und Strafsachen und eine administrative District Court, bestehend aus 5 in verschiedenen Städten und den Gerichten für gesamte Gebiet Lettlands, für verwaltungsrechtliche Verfahren.

Die zweite Ebene besteht aus 5 regionalen Gerichte für Zivil- und Strafsachen und ein Regionales Verwaltungsgericht für verwaltungsrechtliche Verfahren. Die Regionalgerichte sind Berufungsgerichte für Zivil-, Straf- und Verwaltungssachen gehört, die bereits durch die Bezirksgerichte. Die Landgerichte sind als erstinstanzliche Gerichte zuständig, in bestimmten Kategorien von Fällen des Verfahrensrechts.

Der Oberste Gerichtshof ist die dritte Ebene Gerichts. Es besteht aus:

1 Die Kammer für Zivilsachen und der Kammer für Strafsachen, wie es das Berufungsgericht für zivil- und strafrechtliche Fälle, die von den regionalen erstinstanzliche Gerichte als Gerichte erster Instanz;

Der Senat, 2) in drei Abteilungen unterteilt und für alle als Kassationsinstanz in Zivil-, Straf- und Verwaltungssachen.

Als allgemeine Regel gilt, dass Zivil-, Straf- und Verwaltungssachen überprüft werden können, in allen drei gerichtlichen Instanzen. Allerdings sind zwei Gerichtsinstanzen dürfen nur für bestimmte Kategorien von zivil- und verwaltungsrechtliche Verfahren. Diese Ausnahmen sind in der Zivilprozessordnung für kleine zivilrechtlichen Ansprüchen sowie in einer Reihe von besonderen Rechtsvorschriften, z. B. über Verwaltungsverfahren, die Information der Bürger Anfragen oder öffentliches Auftragswesen. Es gibt mehrere Arten von Fragen nur in einem einzigen Fall befasst sind (z. B. Fälle von Asylbewerbern).

Nach lettischem Recht Verfahren über Ordnungswidrigkeiten (Verstöße) bestehen. Wenn eine Person in kleinerer Vergehen begeht die Ordnungswidrigkeiten aufgeführt, die Strafe von einer Verwaltungsbehörde verhängt wird. Von Verwaltungsbehörden verhängten Sanktionen Berufung eingelegt werden kann, die die Bezirksgerichte (Stadtgerichte) – d. h. die allgemeinen Gerichte für Zivil- und Strafsachen. Fälle, in denen Richter der Bezirksgerichte (Stadtgerichte), die Regionalgerichte angefochten werden können. Die Urteile der Landgerichte ist endgültig und kann nicht mehr angefochten werden.

Berufsrichter sind Fälle, die unabhängig und nur dem Gesetz. Die Entscheidung wird öffentlich mit Ausnahmen nur im Interesse des Schutzes der Privatsphäre oder anderen erheblichen Werten gesetzlich geschützt. Wenn das Gericht im Einklang mit dem Gesetz, das schriftliche Verfahren durchführt, Gerichtsurteile sind für die Öffentlichkeit zugänglich.

Die Gerichtssprache ist Lettisch. Die fließende Beherrschung der Amtssprache nicht an den Verfahren teilnehmen, die mit Hilfe eines Dolmetschers. Der Gerichtshof wiederholt die Beziehung eines Dolmetschers sieht das Verfahrensrecht vorgeschrieben.

Die Gerichte sind nicht spezialisiert in Lettland.

Fälle, in denen es um die Übereinstimmung der Gesetze mit der Verfassung oder anderer normativer Rechtsakte mit den Normen des höheren rechtlichen Rang vom Verfassungsgericht geprüft werden. Die Petition ist zulässig, d. h. der Bürgerinnen und Bürger, die eine Petition einreichen kann, wenn er der Ansicht ist, dass ein normativer Akt gegen ihre Grundrechte durch die Verfassung geschützt. Die Petition ist nur gestattet nach dem ordentlichen Rechtsmitteln (administrativen Institutionen, Gerichte der allgemeinen Gerichtsbarkeit) erschöpft sind.

Es gibt keine spezielle quasi-court oder mit Umweltangelegenheiten befasst.

Ist eine Person der Auffassung, dass eine behördliche Entscheidung oder Maßnahme sowie die Unterlassung, gegen das Gesetz zum Schutz von Umwelt und Natur gefährden können, oder von Schäden oder Schäden an der Umwelt, an das Verwaltungsgericht wenden kann. Da Umweltprobleme in den meisten Fällen sind Entscheidungen der Verwaltung (Baugenehmigungen, die Nutzung der Wasserressourcen, Umweltverschmutzung, Genehmigungen usw.) entstehen, werden hauptsächlich durch das Verwaltungsgericht überprüft. Die Ausübung der Rechte vor Gericht zu beantragen, kann für sich allein nicht dazu führen, dass die nachteiligen Auswirkungen, einschließlich solcher, die die Klägerin dem Privatrecht.

In Bezug auf Zivilverfahren kann ein Bürger Schadensersatz infolge einer Person verletzt hat, wenn diese Person unter anderem Vorschriften über Umweltfragen und daher dem Kläger einen Schaden verursacht. Öffentliche Stellen, die im Namen des Staates handeln, zu Umwelt verursachten Schaden geltend machen kann.

Bürgerinnen und Bürger, die Informationen über Straftaten möglicherweise für die Schädigung der Umwelt zu informieren, die jeder Beamte oder das Organ ist befugt, Strafverfahren (Polizei, Staatsanwaltschaft).

„Forum Shopping“ bei den Verwaltungsgerichten nicht zulässig ist. Es besteht die Möglichkeit der Wahl des Gerichtsstands in Zivilsachen: in der Regel sollte eine Klage vor einem Gericht anhängig gemacht werden, nach dem Wohnort des Beklagten (bei

natürlichen Personen) oder der Anschrift des Beklagten (bei juristischen Personen); Die Zivilprozessordnung sieht in bestimmten Fällen den alternativen Gerichtsstand nach Wahl des Klägers oder gemäß den vertraglichen Bestimmungen, soweit vorhanden (siehe territoriale Zuständigkeit). http://ec.europa.eu/civiljustice/jurisdiction_courts/jurisdiction_courts_lat_en.htm#B.II.

Die Verwaltungsentscheidungen, die Person hat Anspruch auf:

1 aufheben oder für ungültig zu erklären (vollständig oder teilweise) noch die streitige Entscheidung für rechtswidrig zu erklären; wenn das Rechtsmittel erfolgreich ist, kann das Gericht jedoch erforderlichenfalls auch die Träger zur Behebung der Folgen der Verwaltungsentscheidung;

2) zu erklären, oder bereits durchgeführten konkreten Maßnahmen geplant, in Zukunft als rechtswidrig und ihre Folgen zu berichtigen;

3), die der Institution eine befürwortende Entscheidung.

4), bestimmte bestehenden oder nicht bestehenden Rechtsbeziehungen zu bestreiten;

5), zum Vertrag, solche Verträge zu kündigen, zur Einhaltung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag oder Verpflichtungen erfüllt.

Ist es möglich, einen Rechtsbehelf gegen die Verletzung von Verfahrensvorschriften, selbst wenn der Antragsteller ist zufrieden mit der endgültigen Entscheidung, sondern in diesem spezifischen Fall nachweisen muss, einen erheblichen Eingriff in ihre Rechte vor dem Gericht Parteistellung zu haben.

Ist eine Person der Auffassung, dass die behördliche Entscheidung, Handlung oder Unterlassung verursacht hat, finanzielle Verluste oder Schäden (einschließlich der immateriellen persönlichen Schaden, kann er/sie beim Verwaltungsgericht Klage auf Schadensersatz. Die Angabe kann in den schriftlichen Einspruch gegen die Verwaltungsentscheidung oder, wenn die Entschädigung nicht gleichzeitig mit dem Einspruch der Verwaltungsentscheidung, einer gesonderten Schadensersatzklage vorgelegt werden können, nachdem die endgültige Entscheidung über die Rechtswidrigkeit der Entscheidung abgegeben wurde (Maßnahme).

Der Gerichtshof kann die angefochtene Entscheidung für nichtig zu erklären (ganz oder teilweise), aber es ist nicht befugt, auf den Inhalt des Beschlusses abändern, die z. B. zu einer Änderung der Bedingungen der Baugenehmigung. In bestimmten Fällen kann das Gericht die angefochtene Entscheidung zu ändern, jedoch gibt es keine vergleichbaren Bestimmungen der Umweltvorschriften.

Der Fall wird nach den gleichen Verfahrensregeln wie andere verwaltungsrechtliche Verfahren. Normative Rechtsakte jedoch einige Fragen in Bezug auf die Umwelt spezifische Vorschriften für den Rechtsbehelf vor allem im Umweltbereich. Können die Bürger beispielsweise gegen die Bedingungen der Genehmigung für umweltbelastende Tätigkeiten während der gesamten Zeit seiner Gültigkeit deutlich, die von der allgemeinen Regel abweicht, Rechtsmittel gegen jeden Beschluss innerhalb eines Monats ab dem Tag ihres Inkrafttretens.

Der Verwaltungsgerichtshof prüft den Fall innerhalb der von der Klägerin gesetzten Grenzen. Der Gerichtshof kann nicht ändern oder prüfen den Antrag in schriftlicher Form keine Rechtsmittel gegen Entscheidungen von der Klägerin von Amts wegen. In den förmlichen Rahmen jedoch dem Gerichtshof freisteht, die Entscheidung in vollem Umfang zu prüfen: eine faktische Grundlage für die Überprüfung der Ausstellung einer besonderen Entscheidung ist das Gesetz korrekt anwenden und nach dem Grundsatz der objektiven Untersuchungen, in die Zuständigkeit des Gerichtshofes. Das Gericht kann auch von Amts wegen einen Antrag an das Verfassungsgericht und dem Gerichtshof der Europäischen Union zur Vorabentscheidung vorgelegt.

Ein Gericht, das sogenannte ergänzende Entscheidung treffen kann, wenn der Auftraggeber feststellt, wenn sie die Informationen über eine mögliche Verletzung des Gesetzes, die nicht direkt im Einzelfall geprüft. Eine solche Entscheidung wird dann an die zuständige Einrichtung oder der Staatsanwaltschaft. Gelegentlich verwendet der gerichtlichen Entscheidungen, das Parlament zu informieren, oder eine Exekutive (Ministerien, dem Kabinett) über das Fehlen einer gesetzlichen Regelung oder andere Probleme durch Rechtsvorschriften gelöst werden.

III. Fälle, in denen der Zugang zu Informationen

Jede Person, die Zugang zu Umweltinformationen beantragt hat, und ist der Auffassung, dass von einer staatlichen Behörde hat den Antrag auf Informationen ignoriert oder (teilweise oder vollständig) abgelehnt, nicht angemessen beantwortet oder ein Recht auf Umweltinformationen oder auf andere Weise verletzt wurden, Anspruch auf eine solche Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof.

Wenn die Behörde lehnt die erbetene Information zu erteilen, sollte diese Entscheidung schriftlich zu begründen und enthält die Angaben zu den Abhilfemaßnahmen in der gegebenen Situation, d. h., an welche Institution und innerhalb welcher Fristen die Person kann Rechtsmittel einlegen.

Recht auf Informationsfreiheit aus, die Antwort des betreffenden Organs oder eine Antwort zu geben, die nicht angefochten werden können, eine bessere administrative Organ und anschließend dem Landkreis Hof.

Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats nach der Antwort, die innerhalb eines Jahres in den Fällen oder wenn die Antwort gegeben hat oder nicht, wenn das Verfahren für die Einreichung einer Beschwerde präzisiert wurde nicht in der schriftlichen Antwort. Wenn ein Träger verpflichtet sind, verletzt habe. Der Widerspruch ist schriftlich oder mündlich an das Organ, (oder) verpflichtet gewesen sei, zu antworten. Wird der Antrag mündlich, das Organ ihm unverzüglich schriftlich und dem Antragsteller unterzeichnet werden. Vorgelegt wird dieser Antrag ein Organ zur Prüfung vor. Wenn ein solcher Träger nicht besteht oder nicht, ist die Antwort (oder nicht sofort beantwortet werden kann, dem Gerichtshof gewandt.

Die Beschwerde kann per E-Mail auch elektronisch eingereicht werden, aber sie müssen mit elektronischen Signatur unterzeichnet sein.

Die Gebühr in Höhe von 20 LVL (App. 29 EUR) gezahlt werden muss, bevor er einen Appell an den Landkreis Hof. Dies kann bei einer Bank. Das Gericht unter Berücksichtigung der finanziellen Situation einer natürlichen Person kann die Höhe der Gebühr bzw. die Person von der Verpflichtung befreien, eine Gebühr entrichten zu müssen.

Jede Person hat das Recht, an den Verfahren teilzunehmen, die mit Hilfe des Vertreters oder durch Vertreter. Gibt es keine Vorschriften über die Verfahren (einschließlich der gerichtlichen).

Im Verlauf der Prüfung des Falls, der Gerichtshof hat erforderlichenfalls Zugang zu Informationen über die Zugänglichkeit von bestritten wird.

Der Gerichtshof ist das Organ verpflichtet, die verlangten Informationen offenzulegen, wenn sie der Klägerin nicht die Gründe für seine Ablehnung des Organs begründet. Liegt ein Grund für die Beschränkung des Zugangs auf bestimmte Teile der angeforderten Informationen kam das Institut verpflichtet werden, Informationen zu verbreiten, die offengelegt werden können.

IV. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in

Die Prüfung von Verwaltungsstellen in Umweltangelegenheiten erfolgt nach den gleichen Verfahrensregeln wie in anderen Fällen. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG regelt das Verfahren, wobei Ausnahmen und abweichende Bestimmungen von Umweltschutzvorschriften oder besondere normative Rechtsakte in Bezug auf ökologische Fragen, zum Beispiel das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Das Verfahren bei den Organen durchgeführt werden, wobei Ausnahmen möglich sind in lettischer Sprache für die Einreichung eines Antrags in einer fremden Sprache nur in Notfällen.

Die Verwaltungsverfahren sind kostenlos, mit Ausnahme gesetzlich vorgeschrieben. Wenn das Institut (oder das Gericht) kam zu dem Ergebnis, dass die Person die Adressaten der Entscheidung (natürliche Person) wird nur in einer schwierigen finanziellen Lage befindet und dass die Angelegenheit ist kompliziert, kann sie eine Entscheidung erlassen, wonach die Entgelte an einen Vertreter dieser Person innerhalb von geregelten Rahmens werden aus dem Staatshaushalt bezahlt.

Das Recht auf Beteiligung am Verwaltungsverfahren anerkannt ist, auf natürliche und juristische Personen (einschließlich Nichtregierungsorganisationen) sowie Vereinigungen dieser Personen. Eine Person hat das Recht, an den Verfahren teilzunehmen, die mit Hilfe oder persönlich oder durch Vertreter der Vertreter.

Es ist die Pflicht der zuständigen Träger, um alle für den betreffenden Fall relevanten Informationen. Wird jedoch eine Person, für die Lieferung der Informationen und Beweismittel, die sich in seinem Besitz.

Die Teilnehmer das Recht haben, bei der das Verwaltungsverfahren mit den Unterlagen vertraut zu machen und das Dossier ordnungsgemäß ein Recht auf Anhörung durch die Entscheidungsträger. In Umweltangelegenheiten, unterliegen diese Verfahrensrechte im Umweltschutz Verfahrensmodalitäten für Umweltfragen (im Allgemeinen) und für andere normative Rechtsakte in Bezug auf spezifische Fragen, beispielsweise im Umweltbereich, Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Institute müssen in der Regel Fälle entscheiden, innerhalb eines Monats ab Eingang des Antrags einer Person. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass mehrere normative Rechtsakte in Bezug auf die Umwelt können andere Fristen gelten. Das Institut gestattet ist, die Frist zu verlängern, wenn sie richtig ist notwendig, um eine endgültige Entscheidung. In dringenden Fällen, kann das Organ ersuchen, seinen Beschluss unverzüglich zu erteilen.

Wenn die betroffene Person der Auffassung ist, die Entscheidung des administrativen Organ rechtswidrig oder anderweitig nicht zufrieden stellend, so kann die Entscheidung eines Vorgesetzten, das innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten des

Beschlusses oder innerhalb eines Jahres ab dem Inkrafttreten der Entscheidung, wenn Informationen über die angewandten Verfahren für Rechtsbehelfe, die nicht bereits im Rahmen der schriftlichen Entscheidung zu. Der Widerspruch ist schriftlich oder mündlich an den Träger, der die Entscheidung erlassen hat, übermittelt werden, und es wird ein Organ zur Prüfung vor.

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs bei einem höherrangigen Träger obligatorisch ist, außer in den Fällen, in denen es keine übergeordneten Organ oder das Kabinetts. Der Gerichtshof direkte Klagen ablehnen, wenn die Person nicht nachweisen kann, dass er/sie versucht hat, ein Rechtsmittel gegen eine höherrangige vorzulegen sind.

Im Verlauf der Prüfung des Falls, prüft das Gericht die formelle und materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung.

Nach der verfahrensrechtlichen Rechtmäßigkeit für nichtig zu erklären, kann der Gerichtshof, wenn er die Entscheidung zu dem Schluss, dass die administrative Einrichtung schwerwiegende Verfahrensfehler begangen hat. In der Regel wird besondere Aufmerksamkeit auf folgende Punkte lenken:

- 1), unabhängig davon, ob sie von der Entscheidung unmittelbar betroffene Personen sowie Personen, die ein Interesse in Umweltangelegenheiten gewährt wurden mit Möglichkeit zur Teilnahme an den Entscheidungsprozessen (d. h., ob es angebracht sei, die verfügbaren Informationen über die Bürgerinnen und Bürger bei der Entscheidungsfindung, auch die Möglichkeit hatte, mit der Akte vertraut zu machen, ob Bürger die Möglichkeit hatte, gehört zu werden, durch das Institut, das auch einen Anspruch auf Bereitstellung von Informationen für die Träger und die Äußerung der eigenen Meinung und Vorschläge);
- 2), ob die Einrichtung alle erforderlichen Informationen erlangt hat (ob das Institut hat alle relevanten Umstände des Falls, ob er geprüft hat und ausgewogenen Interessen verschiedener Personen und Gruppen);
- 3), ob das Institut über genügend und klar begründet und rechtliche Gründe (mit einem Verweis auf die Normen für die Entscheidung).

Im Rahmen der materiellen Rechtmäßigkeit, das Gericht prüfen, ob unter Berücksichtigung der festgestellten Tatsachen berechtigt sei, die angefochtene Entscheidung zu erlassen. Insbesondere zu klären ist beispielsweise, ob es zulässig ist, eine Erlaubnis zum Betrieb einer umweltschädlichen Anlage gekennzeichnet durch eine bestimmte Menge von Emissionen.

Wenn die Klägerinnen berechtigte Zweifel an der materiellen und technischen Feststellungen hat das Gericht den Sachverhalt prüfen können. In den meisten dieser Fragen unabhängige Sachverständige zugewiesen werden; Dessen Kosten durch den Staatshaushalt gedeckt sind. Die Teilnehmer an dem Verfahren zugelassen werden, auch ihre eigenen Gutachten vorzulegen.

Beschränkt sich das Gericht im Rahmen seiner Kontrolle nur in zwei Fällen: Das Institut hatte bei den so genannten Ermessensspielraum zu wählen (eine Befugnis, die von mehr als einem rechtlich einwandfreie Lösungen am besten geeignet ist), oder, wenn das Gemeinschaftsorgan eine Bewertung, die von ihrer Art her und in ihren Zuständigkeitsbereich liegt nicht vor dem Gerichtshof angefochten werden.

Das Verwaltungsgericht nicht zu überprüfen ist, Beschwerden über die Rechtsakte, beispielsweise Flächennutzungspläne und Bebauungspläne der lokalen Regierungen. Sie können vor dem Verfassungsgericht angefochten werden (vgl. Kapitel II).

Seit 2012 hat das Verwaltungsgericht zuständig ist, detaillierte Pläne zu überprüfen und, soweit erforderlich, der Inhalt der einzelnen kommunalen Flächennutzungspläne und Bebauungspläne (Raumordnungspläne und lokaler Pläne) an bestimmten Grundstücken, da davon ausgegangen wird, dass sie die Verwaltungsentscheidungen mit allgemeiner Natur. Die detaillierten Pläne eingelegt werden kann innerhalb eines Monats nach der offiziellen Bekanntmachung über deren Genehmigung. Die detaillierten Pläne einen Rechtsbehelf einlegen kann, von dem Plan betroffenen Personen oder von Personen gewährleistet die Mitwirkung an der Beschlussfassung nicht durch die Rechte der Zivilgesellschaft sowie Personen, die der Ansicht sind, dass der Plan nicht die Anforderungen der Rechtsvorschriften erfüllen in Bezug auf die Umwelt, Umweltschäden oder die Gefahr von Umweltschäden. Eine schriftliche Beschwerde mit Angabe der Beschwerdepunkte übermittelt werden sollten, dem Gericht alle verfügbaren Belege beigefügt werden. Das Gericht kann auch von Amts wegen entscheiden, Sammlung von Daten, die erforderlich sind, um den Fall, einschließlich der Gutachten. Die Fälle im schriftlichen Verfahren entschieden werden. Wird jedoch der Gerichtshof, wenn das Gericht die mündliche Verhandlung oder er beschließt, den beteiligten Personen oder juristische Personen in Verfahren das Recht auf Verteidigung der Rechte und rechtlichen Interessen der Privatpersonen mündlichen Verfahrens beantragt hat. Die beklagte Einrichtung (die nicht das Recht haben, schriftliche Verfahren, um Einwände zu erheben.

Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) überprüfen kann, hat der Verwaltungsgerichtshof betrifft. Eine Entscheidung über die UVP erforderlich, die von der Person eingelegt werden können, die zur Erfüllung der geplanten Tätigkeit planen. Eine Entscheidung über die UVP nicht unmittelbar vor dem Gerichtshof angefochten werden kann, sondern im Rahmen der Überprüfung geprüft werden kann, der von dem betreffenden Projekt (z. B. die Baugenehmigung).

Zum Umfang (Scoping) der UVP Entscheidungen und Stellungnahmen der zuständigen Behörde hinsichtlich der UVP-Erklärung (endgültige UVP-Entscheidung) vom Gericht nicht gesondert geprüft werden. Allerdings kann der Gerichtshof überprüfen, die endgültige Genehmigung der geplanten Tätigkeit, und in diesem Rahmen zu prüfen, die Einwände gegen das UVP-Verfahren und abschließende Entscheidung.

Der Gerichtshof prüft sowohl verfahrensrechtliche und materiell-rechtliche Rechtmäßigkeit von UVP-Entscheidungen:

- 1) ob die wesentlichen Verfahrensvorschriften eingehalten werden in Bezug auf die betroffenen Personen und Personen, die ein berechtigtes Interesse an Umweltthemen, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Zugang zu den Informationen über die Umwelt und die Rechte auf Beteiligung an der Beschlussfassung, einschließlich der Möglichkeit zur Vorlage von Informationen, Meinungen und Vorschläge zu äußern und hinreichend schwere Haltung des Instituts gegenüber den Standpunkten und Vorschlägen;
- 2), ob eine UVP durchgeführt wurde, bietet eine ausreichende Möglichkeit zur Erfassung aller relevanten Informationen über die möglichen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit auf die Umwelt;
- 3), ob die abschließende Entscheidung beruht auf korrekten Feststellungen enthält und ob es ausreichende und klare schriftliche Begründung.

Der Gerichtshof kann nicht entscheiden, und erklärt seine eigenen Aussagen über die Auswirkungen der beabsichtigten Tätigkeit Organ, anstelle der Verwaltung. Der Gerichtshof kann jedoch sachliche Fehler und Berücksichtigung finden, die dazu geführt haben, dass Fehler geführt haben, oder sie können zu einer falschen Entscheidung.

Um die Klagebefugnis vor dem Verwaltungsgericht in der endgültigen Zulassung sollte eine Person, die einen Verstoß gegen die Rechte, die ihm angeblich verletzt (z. B. Eigentumsrechte) oder ökologischer Bedeutung. Eine Person, die ein Rechtsbehelf im Interesse des Umweltschutzes sollten erläutern, aus welchen Gründen er der Auffassung ist, dass eine Genehmigung der geplanten Tätigkeit, möglicherweise aufgrund der fehlerhaften UVP, Einhaltung des Umweltrechts nicht gefährden oder schädigen oder Umweltschäden.

Als allgemeine Regel gilt, dass an der Einlegung eines Rechtsbehelfs bei einem höherrangigen Träger oder beim Verwaltungsgerichtshof eine aufschiebende Wirkung hat, um die angefochtene Entscheidung auf. Es ist verboten, d. h. ein Vorhaben zu beginnen, von der beabsichtigten Tätigkeit oder Bauarbeiten zu beginnen, die angefochtenen Beschlüsse auf der Grundlage des neuen ein. Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung keine Ausnahmen. Beginnen möchte eine Person, die die Tätigkeit bestimmt hat (zu rzeit ausgesetzt) ein Recht auf eine Wiederaufnahme des operationellen Kraft der Entscheidung. Der Gerichtshof entscheidet unter Berücksichtigung sowohl des vorläufigen Schutzes, die Rechtmäßigkeit der Entscheidung (schnell, greift der endgültigen Entscheidung) und mögliche Schäden an der Umwelt, einschließlich der auf dem Spiel stehenden Interessen bieten.

Überprüfung der Genehmigungen kann die Verwaltungsgerichte für industrielle und landwirtschaftliche Tätigkeiten mit einem hohen Umweltbelastung (IPPC). Jede Person (natürliche und juristische), nichtstaatliche Organisation solcher Entscheidungen kann beim Gerichtshof Rechtsmittel eingelegt. Ein Rechtsmittel u. a. vorgelegt werden können, ist eine Person der Auffassung sein Recht auf Umweltinformationen oder sein Recht zur Teilnahme an der Beschlussfassung verletzt.

Das Rechtsmittel ist gegen eine höherrangige Stelle (Landesamt für Umwelt). Anschließend eine schriftliche Beschwerde eingereicht werden kann, der die Administrative District Court, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Belege beigefügt werden. Das Gericht kann auch von Amts wegen entscheiden, Sammlung von Daten, die erforderlich sind, um den Fall, einschließlich der Gutachten. Die Rechtssache wird der Gerichtshof im Rahmen eines schriftlichen Verfahrens, mit Ausnahme der Fälle, in denen die Verfahrensbeteiligten (abgesehen von dem Träger, der Beklagten eine mündliche Verhandlung beantragt haben).

Das Gericht prüft, ob die Genehmigung erteilt wurde, nach den zwingenden Verfahrensvorschriften enthält, die für Personen, die ein berechtigtes Interesse haben, den Zugang zu allen einschlägigen Informationen und klar erläutert werden, sowie die Möglichkeit, Personen, die ein berechtigtes Interesse haben, Einwände zu erheben, sowie einen Nachweis, dass das Institut auf, Vorschläge und Einwände berücksichtigt hat.

Der Gerichtshof ist für die Überprüfung der Tatsachen, auf die der Erteilung der Genehmigung, so kann der Gerichtshof überprüfen, Daten über die geplante industrielle Tätigkeit, die Merkmale der Einrichtungen und der vorhandenen Umweltbedingungen.

Zur Einreichung der Beschwerde beim Verwaltungsgericht ist es nicht erforderlich, dass ein Kläger zur Teilnahme an der öffentlichen Konsultation, der IVU-Richtlinie oder während der öffentlichen Anhörung Bemerkungen abzugeben.

Als allgemeine Regel gilt, dass die Rechtsmittel gegen eine höherrangige Träger oder beim Verwaltungsgerichtshof hat aussetzende Wirkung, d. h. die IVU-Genehmigung ist es nicht zulässig, ein wenig wieder auf, sofern der Gerichtshof für die Kraft

der Genehmigung. Diese Regeln gelten, wenn der Antragsteller das Rechtsmittel hat innerhalb eines Monats nach dem Tag, an dem der Beschluss in Kraft tritt.

Es gibt jedoch eine Ausnahme in Bezug auf die verschmutzenden Tätigkeiten der Kategorie A oder der Kategorie B zulassen. Nach dem Gesetz über die Verschmutzung kann jede Person eine Beschwerde über die Bedingungen der Genehmigung; die einschlägigen jederzeit möglich ist. Diese Art von Rechtsmittel ist zulässig, wenn verschmutzende Tätigkeit kann erheblich negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt oder die Umweltqualitätsziele gemäß dem Umweltrecht, oder sonstigen Vorschriften der normativen Rechtsakte. In diesem Fall wird die Entscheidung über die Aussetzung des Vollzugs des nicht zulassen.

V. Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen

Ist eine Person der Auffassung, dass jede andere Privatperson oder juristischen Person oder der Gefahr eines Schadens verursacht Umweltschäden, er/sie ist nicht erlaubt, eine Klage bei dem Gericht oder bei Berufung auf ihre Maßnahmen an den Verwaltungsgerichtshof. Die Person kann Schadenersatz für Schäden, die selbst nicht erlaubt ist, sondern eine Entschädigung für eine Schädigung der Umwelt als solcher. Wenn also die betreffende Person eine andere Person vertritt die Auffassung, dass mit seinem geplanten oder ergriffenen Maßnahmen oder der Gefahr eines Schadens verursacht Umweltschäden, kann er/sie sich in folgender Weise:

- 1) wenn die angeblich gefährliche Tätigkeit ausgeübt wird, entsprechend der Entscheidung einer Verwaltungseinrichtung, die Person kann gegen die Entscheidung eines Vorgesetzten, administrative Einrichtung und somit an den Verwaltungsgerichtshof oder,
- 2) einen Antrag an die zuständigen Träger, die Umwelt zu schützen, sowie geeignete Maßnahmen zur Durchsetzung der Umwelt Schaden zu unterbrechen. Wenn der zuständige Träger ein Tätigwerden ab, die Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen angefochten werden können, eine bessere administrative Einrichtung und somit an den Verwaltungsgerichtshof. In diesem Fall wird die Person kann es erfordern, dass das Gericht den zuständigen Träger zwingen, eine Entscheidung zu treffen, die darauf abzielen, den Schutz der Umwelt. Wenn eine Person unrechtmäßig ohne vorherige Genehmigung, eine Straße gebaut, Naturschutzgebiet, in dem die Person kann verlangen, dass der zuständige Träger verpflichtet ist, die Verantwortlichen auf, den Bau, die Wiederherstellung der früheren Lage und die Umwelt Schaden zu entschädigen.

Die Staatliches Umweltamt ist der zuständige Träger, die staatliche Kontrolle der Nutzung der natürlichen Ressourcen und des Umweltschutzes. Er ist sich bewusst, seine Zölle bis 8 regionalen Umweltschutzbehörden gelegenen Gebiet sowie die Marine and Inland Waters Administration und Strahlenschutzzentrum.

Im Allgemeinen sind die Entscheidungen der regionalen Umweltschutzbehörden, die einen vorrangigen Grund angefochten werden können, das in den meisten Fällen das Landesamt für Umwelt ist.

Eine Person kann ihre Beschwerde an die Träger sowohl in schriftlicher als auch in mündlicher Form. Mündliche Beschwerden sofort abgeschrieben werden von einem Beamten des Organs. Unterzeichnete schriftliche Beschwerden und Klagen, auch elektronisch, per E-Mail übermittelt werden können.

Falls die Person mit der Entscheidung nicht einverstanden ist oder Unterlassung der zuständigen Träger, kann er Widerspruch zu einer höherrangigen administrative Organ. Der Widerspruch ist beim Träger, (oder) verpflichtet gewesen sei, die Entscheidung über die ursprüngliche Beschwerde. Das Rechtsmittel wird für eine Prüfung an ein höheres Organ. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs bei einem höherrangigen Träger ist zwingend vorgeschrieben, bevor er an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.

Ist die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof mit ökologischen Interesse gerechtfertigt sei, genügt es, die Klagebefugnis vor dem Gericht. Die Beschwerdepunkte, die schriftliche Beschwerde vorgelegt werden sollten, mit dem alle verfügbaren Belege beigefügt werden.

VI. Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten

Abgesehen von den administrativen und gerichtlichen Kontrolle von Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen der Verwaltungsbehörden, doch gibt es noch andere Wege von Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten.

Der Schutz der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf ein Leben in einer mildtätigen Umwelt fällt in die Zuständigkeit des Bürgerbeauftragten (tiesibsargs). Der Bürgerbeauftragte kann:

- 1) prüft Beschwerden und Anträge von Privatpersonen, die Umstände zu untersuchen;
- 2) verlangen, dass Institute Klarheit über die notwendigen Umstände der Angelegenheit und Unterrichtung der Bürgerbeauftragten;

3) die Prüfung bei oder nach dem Organ, Stellungnahmen und Empfehlungen hinsichtlich der Zulässigkeit und Wirksamkeit ihrer Tätigkeit sowie die Einhaltung des Grundsatzes der guten Verwaltung;

4) im Rahmen der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und Institutionen sowie die Achtung der Menschenrechte in Streitigkeiten zwischen Privatpersonen;

5) Die Konzertierung zwischen den Parteien des Rechtsstreits;

Bei der Beilegung von Streitigkeiten, 6) Stellungnahmen und Empfehlungen an Privatpersonen in Bezug auf die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen;

7) dem Parlament, dem Kabinett, lokale Gebietskörperschaften oder andere Einrichtungen mit Empfehlungen über die Erteilung oder Änderung der Rechtsvorschriften;

8 Personen mit Konsultationen über Menschenrechtsfragen;

9 Durchführung von Forschung und Analyse der Lage im Bereich der Menschenrechte sowie die Stellungnahmen in Bezug auf aktuelle Menschenrechtsfragen.

Die Staatsanwaltschaft mit einer Aufsichtsbezugnis ausgestattet ist, d. h. ein Staatsanwalt hat die Pflicht, Maßnahmen zum Schutz der Rechte und berechtigten Interessen der Personen und des Staates. Dies kann auch die Belange des Umweltschutzes einbeziehen. Die Maßnahmen, die von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten strafrechtlichen Ermittlungen sein kann, sondern auch andere Lösungswege. Der Staatsanwalt kann:

1) eine Warnung für die Personen zeigen, wenn ihre Maßnahmen einen Verstoß gegen die Möglichkeit;

2) eine Beschwerde bei dem Kabinett, Ministerien und anderen Verwaltungseinrichtungen, lokale Behörden und staatliche Stellen, Unternehmen, Institutionen, Organisationen und Beamte sind, wenn ihre Entscheidungen nicht erfüllen; Das betreffende Organ muss dies der Staatsanwaltschaft oder des Ergebnisses der Protest innerhalb einer Frist von 10 Tagen. Die Staatsanwaltschaft an das Gericht wenden kann, wenn seinen Protest oder verweigert wird, ohne die keine Antwort ist;

3) zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zu dem betreffenden Unternehmen, Behörde, Organisation oder Person, wenn es nicht erforderlich ist, eine strafbare Handlung, die Rechtsfolgen einer solchen Berichtigung oder zur Verhinderung eines Verstoßes; Falls ein Antrag die Anforderungen nicht eingehalten sind oder ihm keine Antwort erfolgt ist, werden die Staatsanwaltschaft ist berechtigt, bei einem Gericht oder einer anderen zuständigen Träger einen Antrag, die Haftung für die jeweiligen Maßnahmen.

In Lettland gibt es keine privaten Strafverfolgung zur Verfügung. Legt eine Person seiner/ihrer Besorgnis über eine mögliche Straftat bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft.

VII. Klagebefugnis

Klagebefugnis	Verwaltungsverfahren	Gerichtliches Verfahren
Einzelpersonen	Umweltschutz	Umweltschutz
NRO	gleich	gleich
Andere juristische Personen	gleich	gleich
Ad-hoc-Gruppen	gleich	gleich
ausländische NRO	gleich	gleich
Sonstige#_ftn1	Nein	Nein

Jeder Mensch hat ein Recht auf Beschwerde bei den zuständigen Träger oder beim Verwaltungsgericht ein Rechtsbehelf in Umweltangelegenheiten ohne jegliche andere spezifische Bedingungen, d. h. eine Beschwerde eingelegt werden kann, wenn eine Streitpartei der Auffassung ist, dass eine Verwaltungsentscheidung oder Maßnahme sowie die Unterlassung, gegen das Gesetz zum Schutz von Umwelt und Natur gefährden können, oder schädigen oder Umweltschäden.

Das Recht auf Teilnahme an Gerichtsverfahren oder Verwaltungsverfahren für alle Menschen gleichermaßen anerkannt wird: natürliche und juristische Personen (einschließlich Nichtregierungsorganisationen, inländischen oder ausländischen unterschiedlicher Art; Politische Parteien, Organisationen) sowie Vereinigungen von Personen, sofern diese nachweisen, dass sie über ausreichende organisatorische Einheit zur Erreichung bestimmter Ziele. Im allgemeinen staatlichen und kommunalen Institutionen sind nicht berechtigt, Rechtsmittel gegen jeden anderen an den Verwaltungsgerichtshof. Es ist nur in Ausnahmefällen

zugelassen, wenn Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen der Verwaltungsbehörden der Gemeinde oder Einfluss auf die staatliche Institut wie jede andere Person (private).

Dieses umfassende Konzept für das Recht, sich mit Beschwerden und Rechtsmittel ist ebenso auf alle Arten von Umweltfragen, einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfungen, Verfahren oder IVU-Genehmigung.

Das Recht, sich mit Beschwerden und Einsprüche nach rein ökologischen Interessen ist die einzige Ausnahme sind die so genannte Popularklage (Recht auf Verteidigung gemeinsamer Interessen) ist es möglich, beim Gerichtshof oder Verwaltungsstellen. In einer anderen Art von Rechtsstreitigkeiten die Person muss nachweisen, dass die Verletzung Ihrer subjektiven Rechte, um das Recht haben, eine Beschwerde zu erheben oder ein Rechtsmittel beim Gerichtshof einlegen.

Nach Art. 29 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, in den gesetzlich vorgesehenen Fällen, die öffentlichen Behörden haben das Recht zur Einreichung einer Beschwerde bei einer Verwaltungseinrichtung oder einem Gericht einen Rechtsbehelf zum Schutz der Rechte und rechtlichen Interessen von Privatpersonen. Dazu können auch private Person freiwillig in einem Umfeld zu leben.

Nach dem Gesetz über den Bürgerbeauftragten hat der Bürgerbeauftragte das Recht auf Errichtung einer Verletzung, zur Wahrung der Rechte und Interessen von Privatpersonen vor Gericht, wenn sie im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

Laut dem Büro des Generalstaatsanwalts, der Staatsanwälte haben das Recht, ein Rechtsmittel beim Gerichtshof einlegen, wenn andere Maßnahmen, d. h. die Warnung oder den Protest oder der Einreichung (siehe Kapitel VI), nicht berücksichtigt wurde.

VIII. Rechtliche Vertretung

Grundsätzlich kann jede Person oder Einrichtung, die persönlich, ohne dem Gerichtshof ein obligatorischer Rechtsbeistand beizuziehen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Verwaltungsgerichtshof ist verpflichtet, den Grundsatz der objektiven Untersuchung, kann der Gerichtshof auch von Amts wegen die etwaige Unklarheiten in klarer, schriftlicher oder anderer Personen, und die Teilnehmer ersuchen, die erforderlichen Nachweise vorzulegen. Dies ist einen großen Fortschritt für Personen, die Interessen in den Bereichen Umwelt und der Verteidigung ihrer Rechte an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben. Eine Person kann jedoch mit einer anderen Person, Rechtsanwalt oder eine andere Person nach seinen/ihren Vertreter und/oder ein Rechtsanwalt im Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren. Es gibt keine Vorschriften für die verpflichtende Rechtsberatung bei Gerichtsverfahren vor dem Verwaltungsgericht, auch nicht an den Obersten Gerichtshof.

Der Rechtsbeistand können die Kontaktdaten der Mitglieder (Interessenvertretung für Rechtsanwälte und andere). Sie können rechtliche Beratung, rechtliche Dokumente vorbereiten und andere rechtliche Maßnahmen vornehmen.

[☞ Spricht sich dafür aus, die Liste der vereidigten](#)

[☞ Transparency International in der lettischen delna Prozesskostenhilfe für die Bürger in den Aufbau und die Bodennutzung betreffen.](#) *Delna bearbeiten zu können, wenn der Fall von öffentlicher Bedeutung der Fall ist, d. h., wenn ein erheblicher Schaden verursacht wird oder verursacht werden können, oder wenn die Sache nicht als Präzedenzfall dienen kann und einen Beitrag zur Verbesserung der Rechtsvorschriften und Rechtspraxis.*

IX. Nachweise

Wenn eine Person legt auf einer besonderen behördlichen Entscheidung Rechtsmittel vor dem Gerichtshof alle Anhaltspunkte zur Verfügung, und die Antragsteller sollten die Einwände der Klägerin die schriftliche Beschwerde beigefügt werden. Die Träger (Beklagter) wird wiederum auf seine Ausführungen fügen sie alle erforderlichen Belege zur Rechtfertigung der Entscheidung des Organs hat. Die Teilnehmer können den Gerichtshof auffordern, weitere Nachweise zu sammeln, auch mündliche Stellungnahmen und Gutachten von Sachverständigen vorgenommen. Der Gerichtshof kann von Amts wegen Beweise zu verlangen, da das Gericht nach dem Grundsatz einer objektiven Untersuchung, und es ist eine Verpflichtung des Gerichts zur Beurteilung der Rechtmäßigkeit der angefochtenen Verwaltungsentscheidung. Die Teilnehmer können auch die Einführung neuer Beweismittel im Gerichtsverfahren auf das Gericht erster Instanz oder das Berufungsgericht selbst auf. Der Kassationsinstanz Gerichtshof (Supreme Court) nicht akzeptieren, da ihre Aufgabe ist es, neue Beweise zu prüfen, nur Rechtsfragen.

Das Verwaltungsgericht kann zustimmen und alle Arten von Beweismitteln zu bewerten:

Aussagen von Zeugen, 1)

2 Dokumente (einschließlich der schriftlichen Belege, Audio-, Video- und digitalen Materials)

Beweismittel, 3)

4 Gutachten im Laufe des Gerichtsverfahrens in der Regel von Sachverständigen durch das Gericht) ausgewählt.

Als spezifische Mittel der Informationsbeschaffung zu hören, so kann das Gericht die Stellungnahme der „amicus curiae“ (im Folgenden „Freund des Gerichts“): als eine Vereinigung, die die Interessen in einem bestimmten Bereich zuständig und in der Lage sind, eine Stellungnahme zu ermöglichen, kann sie den Gerichtshof bitten, seine Auffassung über die tatsächlichen oder rechtlichen Gegebenheiten.

Der Gerichtshof kann nicht weigern, Beweise in der Sache von Bedeutung sind. Bewertung der anerkannten und rechtlich überprüft der Gerichtshof seine Schlussfolgerungen im Einklang mit ihren eigenen Überzeugungen basiert auf, umfassend, vollständig und objektiv nachprüfbar Anhaltspunkte und im Einklang mit justiziellen Bewusstseins auf der Grundlage von Feststellungen der Denkgesetze, Wissenschaft und Grundsätze.

Die Parteien haben dem Gericht Verfahren berechnete Zweifel daran bestehen, dass der Sachverhalt, der der streitigen Entscheidung zugrunde liegt, können Sie beantragen, dass der Gerichtshof ein Expertengutachten zu bestellen. Wenn das Gericht davon überzeugt, dass der Expertengutachten, wählen Sie einen oder mehrere Experten unter Berücksichtigung der Standpunkte der Teilnehmer an dem Verfahren. Die Teilnehmer das Recht haben, bei der Fragen vorzuschlagen, die nach ihrer Auffassung das Gutachten eines Sachverständigen verlangen, sondern Fragen durch den Gerichtshof endgültig festgelegt werden.

Der Gerichtshof prüft die Stellungnahmen von Sachverständigen in gleicher Weise wie andere Beweismittel: Das Gericht ist nicht an die Stellungnahme gebunden, sondern werden von den Sachverständigen selbst nach der endgültigen Schlussfolgerungen die Glaubhaftigkeit des Gutachtens zu bewerten. In diesem Urteil hat der Gerichtshof dargelegt hat, warum bestimmte bevorzugt wurden im Vergleich zu anderen Beweismitteln, und warum wurden bestimmte Tatsachen als bewiesen anerkannt, während andere Sachverhalte als nicht erwiesen ist.

Unterlassungsverfahren, X.

Wenn eine Verwaltungsentscheidung vor dem Verwaltungsgericht angefochten wird, die Klage vor dem Gericht allgemein eine aufschiebende Wirkung hat, d. h. den Betrieb des Verwaltungsakts ausgesetzt wird ab dem Tag der Antragstellung. Wenn beispielsweise jemand eine Klage gegen eine Baugenehmigung, den Bau des streitigen Gebäudes ist nicht zulässig.

Das Verwaltungsverfahren wird jedoch mehrere Ausnahmen zum Zeitpunkt des Erlasses der angefochtenen Verwaltungsentscheidung erfolgen unbeschadet der Rechtsmittel beim Gerichtshof eingelegt. Die wichtigsten Ausnahmen sind:

- 1) den Verwaltungsakt, eine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Gebühren oder sonstigen Abgaben in dem Staat oder dem Haushalt einer lokalen Gebietskörperschaft, mit Ausnahme von Sanktionen;
- 2) Es ist nach anderen Rechtsvorschriften, zum Beispiel wenn eine Person ein Rechtsmittel gegen die Bedingungen der Genehmigung für umweltbelastende Tätigkeiten nach der allgemeinen Frist von einem Monat für die Einlegung eines Rechtsmittels gegen Verwaltungsentscheidungen, die das Rechtsmittel keine Aussetzung des Vollzugs der Genehmigung;
- 3) das Organ, die Gründe für die Dringlichkeit der Ausführung in Bezug auf die spezifische Frage gestellt hat, in den er unverzüglich vollstreckt werden; oder
- 4) ein Verwaltungsakt der Polizei, Grenzschutz, Nationalgarde, Brandbekämpfung und andere gesetzlich befugte Beamte ausgestellt wird, mit dem Ziel der sofortigen Stopp der unmittelbare Gefahren für die Sicherheit des Staates, die öffentliche Ordnung oder das Leben, die Gesundheit oder das Vermögen eines Menschen;
- 5) der angefochtene Verwaltungsakt ändert oder beendet wird, unsere Beziehungen mit einem Beamten;
- 6) Die angefochtene Entscheidung ist von allgemeiner Natur, so beschränkt die Verwendung einer Gemeindestraße;
- 7) der angefochtenen Verwaltungsakts aussetzt oder aufhebt oder anderen besonderen Erlaubnis.

Können die Teilnehmer den Gerichtshof ersuchen, das Verfahren für den vorläufigen Schutz:

- 1) wenn das Rechtsmittel aufschiebende Wirkung hat, die Adressaten der angefochtenen Entscheidung wieder aufgenommen werden kann, wird der Gerichtshof ersucht, die operative Ausführung) (die beispielsweise die Entscheidung, zu beginnen, damit die Bauwerke oder den Betrieb des Kraftwerks;
- 2) wenn das Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung hat, kann eine Klage gegen die Entscheidung, den Gerichtshof ersuchen, den Vollzug der angefochtenen Entscheidung auszusetzen.

In den oben genannten Rechtssachen hat der Gerichtshof die im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes entscheiden, wobei sowohl die Rechtmäßigkeit der Entscheidung (schnell, greift der endgültigen Entscheidung) und des möglichen Schadens für die beteiligten Interessen.

Wenn Grund zu der Annahme besteht, dass der angefochtene Verwaltungsakt oder die Folgen der Nichtabgabe eines Verwaltungsakts erhebliche Schäden oder Schäden verursachen könnten, der Prävention oder Kompensation der incommensurate erheblich belastet oder Ressourcen erfordern würde, und wenn die Prüfung der vorliegenden Informationen des Gerichts geht hervor, dass der angefochtene Rechtsakt auf den ersten Blick rechtswidrig ist, kann der Gerichtshof gemäß dem begründeten Antrag des Antragstellers eine Entscheidung über Unterlassungsklagen. Als das Gericht des vorläufigen Rechtsschutzes kann:

Ein Gerichtsbeschluss, 1), bis zur Entscheidung des Gerichtshofs, Ersatz für die verlangten administrativen Handlungen oder konkrete Maßnahmen des Instituts;

2) eine gerichtliche Entscheidung, die eine Verpflichtung für die zuständigen Träger um Durchführung einer spezifischen Maßnahme oder innerhalb einer festgelegten Frist eine spezifische Maßnahme verbietet;

3) die Entscheidung eines Gerichts, das Grundbuch eintragen zu lassen, die Beschränkungen des Verfügungsrechts des Eigentümers mit Immobilien.

Die oben genannten Vorschriften gelten auch im Umweltbereich.

Die Teilnehmer an dem Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes kann während des Verfahrens jederzeit, auch vor dem Berufungsgericht und Kassationsgericht, wenn sie der Auffassung sind, dass der vorläufige Schutz dringend erforderlich. Keine formellen Fristen gelten. Die Ausübung der Rechte kann einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz, für sich genommen nicht dazu führen, dass die nachteiligen Auswirkungen, einschließlich solcher, die unter das Privatrecht. Das bedeutet, dass die betreffende Person nicht zu einer anderen Person entstandenen finanziellen Schadens durch die Entscheidung des Gerichts.

Die Entscheidung des Gerichts hinsichtlich des einstweiligen Rechtsschutzes Berufung eingelegt werden kann. Ferner können die Teilnehmer an dem Verfahren zu ersetzen oder zu beantragen, der Widerruf der Unterlassungsanordnung verhängt.

XI. Kosten

Verwaltungsverfahren in den Institutionen sind kostenlos.

Wenn die Person eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, sollte er/sie staatliche Gebühren Rechnung zu tragen.

Sowohl im Verwaltungs- und Gerichtsverfahren muss die Person seine/ihre eigenen Kosten abdecken:

1) die Vergütung an einen Vertreter oder Rechtsberater jede beteiligte Person (ist); wenn die Einrichtung (oder das Gericht) kam zu dem Ergebnis, dass die Person die Adressaten der Entscheidung (natürliche Person) wird nur in einer schwierigen finanziellen Lage befindet und dass die Angelegenheit ist kompliziert, kann sie beschließen, dass die Vergütung auf einen Vertreter dieser Person, in geregelten Rahmens werden aus dem Staatshaushalt bezahlt.

2) Zahlungen an Sachverständige hat die betroffene Person die (aus eigener Initiative); Die Haushaltsmittel dienen der Deckung der Staat nur an Experten gezahlten Vergütungen durch die Entscheidung des Gerichts.

Staatliche Gebühren. Bei der Einreichung einer Beschwerde an das erstinstanzliche Verwaltungsgericht darstellen, sollte der Antragsteller eine Nutzungsabgabe in Höhe von 20 LVL (App. 29 EUR). Die staatliche Gebühr für die Klage des Urteils des Gerichts erster Instanz nicht beglichenen Forderungen 40 LVL (App. 57 EUR). Zahlung einer Kautions für die Einreichung einer Beschwerde beim Obersten Gerichtshof ein auf 50 LVL (71 EUR) sind ab März (1, 2013). Die Zahlung der Kautions oder die Nebendienstleistungen denen Unterlassungsansprüche beantragt werden Beschwerden auf 10 LVL (App Verfahrensbeschlüsse zu fassen ist. 14 EUR). Die Zahlung für Fragen im Zusammenhang mit von Grund auf 10 LVL (App newly-discovered Tatsachen ist. 14 EUR).

Die Höhe der Nutzungsabgabe für alle Kategorien gleich ist verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten. Ausnahme für die Fälle, in denen der Asylbewerber unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Das Gericht unter Berücksichtigung der finanziellen Situation einer natürlichen Person kann die Höhe der Gebühr bzw. die Person von der Verpflichtung befreien, eine Gebühr entrichten zu müssen.

Verwaltungsverfahrensrecht keine Zahlungen oder sonstigen Gebühren.

Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Prozesskostenhilfe oder expert-examinations geregelt sind, abhängig ist und nicht auf die Marktlage vor allem die Komplexität der Sache oder die tatsächlichen Umstände von Fachleuten untersucht.

In diesem Urteil hat der Gerichtshof die staatliche Abgabe erstattet: wenn der Widerspruch gegen den Verwaltungsbescheid oder Unterlassung wurde ganz oder teilweise erfolgreich, wird das Gericht der Beklagten (Staat oder Kommune) zur Rückzahlung der

staatlichen Gebühr an den Antragsteller; wenn das Rechtsmittel erfolgreich war, die der Kläger keine Gebühr entrichtet. Der gleiche Grundsatz gilt für Zahlungen: Die Zahlung wird im Falle der Hinterlegung seiner/ihrer Kassationsbeschwerde (Beschwerde oder Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz, Beschwerde oder erneuten Überprüfung) berücksichtigt wurde.

Die Entscheidung des Gerichtshofs über die Erstattung der Ausgaben nicht auf andere Arten von Ausgaben. Alle sonstigen Ausgaben somit staatliche Gebühren und zu hinterlegen, es sei denn, die Zahlungen an die Teilnehmer, nicht beigetrieben werden. Doch wenn die Rechtsmittel gegen diese Entscheidung hat der Kläger die Beklagte daher Anspruch auf Erstattung aller von der rechtswidrigen Entscheidung entstandenen Schadens, und dazu gehören frühere Zahlungen an juristische Berater oder Sachverständigen.

XII. Finanzhilfe-Mechanismus

Eine natürliche Person für die Einlegung von Rechtsbehelfen gegen eine Verwaltungsentscheidung kann das Verwaltungsgericht folgende Fragen stellen:

- 1) für die Verringerung des Betrags der Gebühr oder einer Befreiung von der Pflicht zur Zahlung der Gebühr. Der Gerichtshof berücksichtigt wird die finanzielle Situation dieser Person;
- 2) die Vergütung für seine/ihre Vertreter. Stellt der Gerichtshof fest, dass der Adressat der Entscheidung ist (natürliche Person), nur in einer schwierigen finanziellen Lage befindet und dass die Angelegenheit ist kompliziert, kann sie beschließen, dass die Vergütung auf einen Vertreter dieser Person, in geregelten Rahmens werden aus dem Staatshaushalt bezahlt.

Recht auf Prozesskostenhilfe ist eine finanzielle Unterstützung aus dem Staatshaushalt für Prozesskostenhilfe in Gerichtsverfahren und außergerichtliche Verfahren. Es handelt sich um einen eigenständigen Prozesskostenhilferegelung für zivil-, straf- und verwaltungsrechtliche Angelegenheiten, Verwaltung der Prozesskostenhilfe. Prozesskostenhilfe wird allerdings nur für die administrativen Angelegenheiten, die Gewährung von Asyl und keine staatlich finanzierte Prozesskostenhilfe in Umweltangelegenheiten geleistet werden kann.

Manchmal ist es möglich, die auf individueller Basis zu erhalten kostenlose rechtliche Unterstützung in Verwaltungsangelegenheiten. Zum Beispiel, wenn der Ausgang des Rechtsstreits oder die Auslegung der Rechtsvorschriften erheblich sein könnten, manchmal Rechtsanwälte sind bereit, die Rechtsberatung kostenlos. Seit 2010 wurden vier Anwaltskanzleien haben vereinbart, eine von der Soros-Stiftung für Projekt teilzunehmen und kostenloser Rechtsberatung für NRO durch kostenlose Rechtsberatung Center (Tel. + 371 67294646). <http://www.sfl.lv/public/index.html> Andere Anwälte und Anwaltskanzleien einzeln kontaktiert werden können.

Die Klinik Arbeitsweise an der Universität von Lettland bereit ist, Rechtsberatung für Personen mit geringem Einkommen. <http://www.lu.lv/eng/faculties/fl/structural-units/the-legal-aid-and-assistance-centre/> Rechtsberatung in der Regel für solche Zweigniederlassungen von Studierenden (z. B. Beschäftigung, Wohnung, Anmietung von Räumlichkeiten oder Unterhaltszahlungen für Kinder.

[Transparency International in der lettischen delna Prozesskostenhilfe für die Bürger in den Aufbau und die Bodennutzung betreffen.](#) *Delna bereit sind, den Fall zu bearbeiten, wenn der Fall von öffentlicher Bedeutung, d. h. wenn ein erheblicher Schaden verursacht wird oder verursacht werden können, oder wenn die Sache nicht als Präzedenzfall dienen kann und einen Beitrag zur Verbesserung der Rechtsvorschriften und Rechtspraxis.*

XIII. Aktualität

Die Institute müssen ihre Entscheidungen innerhalb eines Monats ab dem Tag, an dem die Person, die den Antrag gestellt hat bzw. Beschwerde ab. In dringenden Fällen, kann das Organ ersuchen, seinen Beschluss unverzüglich zu erteilen.

Aus objektiven Gründen kann die Institution eine Verlängerung dieser Frist für bis zu vier Monate. Wenn objektive Schwierigkeiten bei der Aufklärung der Umstände kann die Frist verlängert werden, bis zu einem Jahr, vor Genehmigung eines Vorgesetzten der Institution. Die Entscheidung des Organs, die Frist zu verlängern, die einen vorrangigen eingelegt werden kann, und folglich auch nicht, das vor dem Gerichtshof.

Verzögert sich die Entscheidung, gibt es keine unmittelbaren mögliche Sanktionen gegen das Organ. Allerdings dürfen dann die Person seine/ihre Rechtsmittel einzulegen, die Angelegenheit unverzüglich an den Verwaltungsgerichtshof und, abgesehen von den wichtigsten Fragen zu ersuchen, dem Gerichtshof die Entscheidung über den gerechten Ausgleich für finanzielle Verluste oder moralische Schäden, die durch Verspätung.

Wenn die Person, die den Einspruch gegen den Verwaltungsbescheid beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde einzureichen, die innerhalb eines Monats nach der Erteilung der behördlichen Entscheidung oder innerhalb eines Jahres in den Fällen, in denen die

Antwort gegeben hat oder nicht, wenn das Verfahren für die Einreichung einer Beschwerde keine Entscheidung im schriftlichen Verfahren geklärt. Die Person, die nicht Adressat der Entscheidung war und nicht in das Verwaltungsverfahren eingebunden (z. B. eine nichtstaatliche Umweltorganisation) ihr Rechtsmittel sollte dem Gerichtshof vorzulegen innerhalb eines Monats ab dem Tag, an dem die Person darüber informiert werden, spätestens jedoch innerhalb eines Jahres ab dem Tag, an dem der Beschluss in Kraft tritt. Die Teilnehmer des Gerichtsverfahrens informiert werden folgende obligatorischen Verfahrensregeln und Fristen im gerichtlichen Verfahren. Die Frist für die Einlegung eines Rechtsmittels gegen das Urteil erster Instanz Beschwerde und für die Einlegung einer Kassationsbeschwerde beim Supreme Court beträgt einen Monat. Mehr wichtigen verfahrensbezogenen Entscheidungen des Gerichtshofs, z. B. die Weigerung des Gerichts, dem Antrag stattgeben kann auch bei einem höheren Gericht Rechtsmittel eingelegt werden, und sie sollte innerhalb von 14 Tagen erfolgen.

Muss das Gericht, wenn Fristen einzuhalten:

- 1) die Entscheidung über die Genehmigung des Antrags in Bezug auf die vom Gerichtshof (7 Tage; Die Frist kann bis zu einem Monat verlängert werden);
- 2) die Entscheidung über vorläufigen Rechtsschutz innerhalb einer angemessenen Frist (je nach Dringlichkeit der Angelegenheit, aber nicht länger als einen Monat);
- 3) das Urteil des Gerichts nach Anhörung (21 Tag für das erstinstanzliche Gericht und das Berufungsgericht sowie 30 Tage für den Obersten Gerichtshof; Letztere können auf zwei weitere Monate verlängert werden.)

Im Übrigen hat der Gerichtshof nicht verpflichtet, strenge Fristen und nicht verpflichtet ist, in einem bestimmten Zeitraum. Allerdings ist sie verpflichtet, Überprüfung und Erstellung der endgültigen Beschlüsse so bald wie möglich in der Reihenfolge.

Diese Vorschriften gelten auch für alle Arten von Fällen, einschließlich der Auswirkungen auf die Umwelt.

Die typische Dauer eines Gerichtsverfahrens ist etwa 1 Jahr für das Amtsgericht, Landgericht für das Jahr 1,5 über 9 Monate und den Obersten Gerichtshof.

Erhebliche Verzögerungen bei der Umsetzung von Beschlüssen und Urteilen Verzögerungen oder andere Fristen festgelegt werden können als Grundlage für Disziplinarmaßnahmen gegen Richter.

XIV. Sonstiges

Nur bestimmte Verwaltungsverfahren abschließenden Entscheidungen (Verwaltungsakte) werden in der Regel klar Unterlassungen, können vor dem Verwaltungsgericht Rechtsmittel eingelegt werden. Damit die Öffentlichkeit in der Regel beim Gerichtshof Entscheidungen wie Baugenehmigungen, zur Annahme von Beschlüssen der geplanten Tätigkeiten, Genehmigungen für verschmutzende Tätigkeiten erlaubt und den Wasserverbrauch, die Möglichkeit zu überprüfen, wobei frühere Beschlüsse über Verfahrensfragen. UVP-Screening ansprechend ist eine häufig gewählte Methode Entscheidungen zu den Gerichten. Ist es nicht möglich, die ausschließlich auf Schadensersatz verlangen, ohne vorherige Anfechtung der Entscheidung oder Unterlassung, die den Schaden verursacht hat, für die Umwelt.

Der Zugang der Öffentlichkeit zu leicht verständlichen Informationen über Umweltangelegenheiten, die unterschiedliche Bereiche der Tätigkeiten der Regierung und dem Zugang zu Gerichten auf der Website: [Das Ministerium für Umweltschutz und Regionalentwicklung, Link finden Sie eine Broschüre über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.](http://www.varam.gov.lv/lat/darbibas_veidi/vides_informacija_un_sabiedribas_lidzdaliba/files/text/Darb_jomas/PieejjaTiesuVarai_RECbrosura2008_LV.pdf) http://www.varam.gov.lv/lat/darbibas_veidi/vides_informacija_un_sabiedribas_lidzdaliba/files/text/Darb_jomas/PieejjaTiesuVarai_RECbrosura2008_LV.pdf

Das Internetportal für das Justizwesen enthält Informationen über die Rechtsstreitigkeiten, mit Vorlagen der Verfahrensschriftstücke. <http://www.tiesas.lv/>

Gibt es keine spezifischen Rechtsvorschriften über die alternative Streitbeilegung (ADR) Verordnung erlassen. Vorgeschlagen wird ein Gesetzesentwurf im Ministerrat. Dennoch weisen die Teilnehmer an den Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten, auch frei, zu beraten und auf einen verwaltungsrechtlichen Vertrag zu schließen, den Streitfall beizulegen und somit für die Entscheidung eines Rechtsstreits vor dem Gerichtshof.

XV. Ein Ausländer, der

Nach dem Gesetz über richterliche Gewalt alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und das Gericht. Unabhängig davon werden jene Fälle, die sich u. a. auf die Herkunft, der Nationalität, der Sprache oder des Wohnsitzes einer Person.

Die Gerichtssprache ist Lettisch. Die fließende Beherrschung der Amtssprache nicht an den Verfahren teilnehmen, die mit Hilfe eines Dolmetschers. Bestimmt das Gericht einen Dolmetscher, der von der Regierung, bei natürlichen Personen oder ihrer

Vertreter, um mit den Unterlagen vertraut zu machen und für die Teilnahme an der Anhörung. Das Gericht kann nach eigenem Ermessen einen Dolmetscher bereitstellen, auch für eine juristische Person.

XVI. Grenzüberschreitende Rechtssachen

Verfahrensregeln für alle Fälle gleich sind. Das lettische Recht nicht befugt, den Gerichtshof nach der unmittelbaren oder mittelbaren Wirkungen der Entscheidung über einzelne Personen, die an den Verwaltungsgerichtshof. Somit jede Person, einschließlich NRO, an das Verwaltungsgericht wenden kann, wenn er/sie nachweisen kann, dass eine Verwaltungsentscheidung mit angemessener Begründung oder Unterlassung gegen das Gesetz zum Schutz von Umwelt und Natur gefährden können, oder schädigen oder Umweltschäden. Während des gerichtlichen Verfahrens beantragen, können die Teilnehmer die gleichen Verfahren und Lösungen, einschließlich vorläufigen Rechtsschutzes einstweilige Anordnungen erlassen.

Finanzielle Unterstützung für Prozesskostenhilfe gewährt werden kann (nur natürliche Personen) zu den Adressaten der Entscheidung gehören, in einer schwierigen finanziellen Lage befindet, und nur dann, wenn die Angelegenheit ist kompliziert. Somit ist die Möglichkeit für die Öffentlichkeit bzw. NRO auf finanzielle Unterstützung aus dem Staatshaushalt ist nahezu ausgeschlossen.

Kostenlose rechtliche Unterstützung erhalten die Teilnehmer in die Initiative zu Verhandlungen mit Rechtsanwälten und Anwaltskanzleien.

Es gibt keine Rechtsvorschriften oder der Praxis der Gerichte über die Wahl des Gerichts in Lettland oder anderen Land im Falle einer grenzüberschreitenden Auswirkungen im Umweltbereich. Lettischer Gerichte auf die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden.

Links zum Thema

- [☞ Latvijas Republikas Satversme – Verfassung der Republik Lettland](#) mit Link zur englischen Fassung
 - [☞ Vides aizsardzības likums \(Umweltschutzgesetz\)](#) mit Link zur englischen Fassung
 - [☞ Par ietekmes UZ Vidi novērtējumu \(Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung\)](#) mit Link zur englischen Fassung
 - [☞ Nennwert \(Gesetz über die Verschmutzung piesārņojumu\)](#) mit Link zur englischen Fassung
 - [☞ Atkritumu apsaimniekošanas likums \(Abfallgesetz\)](#) um weitere Link zur englischen Fassung
 - [☞ Verwaltungsverfahren Administratīvā procesa likums \(Gesetz\)](#) mit Link zur englischen Fassung
 - [☞ Informācijas atklātības likums \(Gesetz zur Informationsfreiheit\)](#) mit Link zur englischen Fassung
 - [☞ Prokuratūras likums \(LAS\), den von der Anklagebehörde](#) mit Link zur englischen Fassung
 - [☞ Tiesībsarga likums \(Gesetz\)](#) mit Link zur englischen Fassung
 - [☞ Par tiesu varu \(Gesetz über richterliche Gewalt\)](#) mit Link zur englischen Fassung
 - [☞ Plānošanas Attīstības teritorijas Planung territorialer Entwicklung likums \(Gesetz\)](#) mit einem Link zur englischen Fassung
 - [☞ Latvijas Administratīvo pārkāpumu kodekss Verwaltungsverstöße \(Lettland\)](#)
 - [☞ Art der Sachverständigen](#)
 - [☞ Liste der vereidigten befürwortet](#)
 - [☞ Lettische delna von Transparency International, Abteilung Rechtshilfe](#)
 - [☞ In Lettland Soros Foundation, unentgeltlichen Rechtsbeistand,](#) [☞ http://www.sfl.lv/public/30263.html](http://www.sfl.lv/public/30263.html)
 - [☞ Schutz der Gesellschaft Jurmala](#)
 - [☞ Der ornithologischen Gesellschaft lettischen](#)
 - [☞ Bürgerbeauftragter](#)
 - [☞ Staatsanwaltschaft](#)
 - [☞ Gerichte, einschließlich Angaben über Verfahren und Dokumentvorlagen](#)
 - [☞ Die Rechtsprechung bietet einen Obersten Gerichtshof, u. a. im Umweltbereich](#)
 - [☞ Informationen über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten](#)
-

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.

Letzte Aktualisierung: 14/09/2016